

Niederschrift

öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Borken

Sitzungstermin: Mittwoch, 16.03.2016
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 20:00 Uhr
Raum, Ort: Großer Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend sind:

Vorsitzende:

Schulze Hessing, Mechtild Bürgermeisterin

CDU:

Aehling, Bernadette	Stadtverordnete
Böhr, Benjamin	Stadtverordneter
Borchers, Harald	Stadtverordneter
Börger, Hubert	Stadtverordneter
Fellerhoff, Jürgen	Stadtverordneter
Flasche, Bernd	Stadtverordneter
Keller, Viktoria	Stadtverordnete
Klöpffer, Hendrik	Stadtverordneter
Kohlruss, Günter	Stadtverordneter
Kranenburg, Marius	Stadtverordneter
Lansmann, Markus	Stadtverordneter
Niehoff-Elsing, Birgitta	Stadtverordnete
Nikolov, Nico	Stadtverordneter
Queckenstedt, Klaus	Stadtverordneter
Rottbeck, Paul	Stadtverordneter
Stork, Günter	Stadtverordneter
Stumpf, Hubert	Stadtverordneter
Tubes, Mike	Stadtverordneter

ab 18.00 Uhr (TOP 5)

SPD:

Eggern, Dieter	Stadtverordneter
Fritz-Hummelt, Ulrike	Stadtverordnete
Grotzky, Hartmut	Stadtverordneter
Kaiser, Michael	Stadtverordneter
Kindermann, Evegret	Stadtverordnete
Kindermann, Kurt	Stadtverordneter
Niemeyer, Jürgen	Stadtverordneter

UWG:

Ebbing, Brigitte	Stadtverordnete
Koop, Stephan	Stadtverordneter
Spangemacher, Christoph	Stadtverordneter
Weddeling, Heinrich	Stadtverordneter

Bündnis 90/DIE GRÜNEN:

Becker, Maja	Stadtverordnete
Gliem, Helga	Stadtverordnete
Wingarter, Sigrid	Stadtverordnete

Fraktionsloses Mitglied:

Nitsche, Bastian	Stadtverordneter
Westermann, Hartwig	Stadtverordneter

Gäste:

Timm, Olaf zu TOP 13

Ortsvorsteher/in:

Finke, Alfons
Gantefort, Thomas
Schwane, Walter

Verwaltungsmitarbeiter/in:

Bücker, Ludger	Fachbereichsleiter	
Kuhlmann, Jürgen	Techn. Beigeordneter	
Nießing, Norbert	Erster Beigeordneter	
Schnelting, Alfons	Fachbereichsleiter	
Terwolbeck, Rene	Fachbereichsleiter	
von Kriegsheim, Claudia	Fachbereichsleiterin	bis 18.50 Uhr

Schriftführerin:

Wensing, Franziska

Es fehlen entschuldigt:

Richter, Frank	Stadtverordneter
Tautz, Jürgen	Stadtverordneter
Biela, Claudia	Stadtverordnete
Brauckhoff, Julian	Stadtverordneter

Abgewickelte Tagesordnung:**Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
- 3 Änderung der Besetzung in verschiedenen Gremien aufgrund der Besetzung Erster Beigeordneter
Vorlage: V 2016/050

- 4 Veränderte Besetzung der Mitglieder im Umwelt- und
Planungsausschuss und im Ausschuss für Generationen, Soziales und
gesell. Integration
Vorlage: V 2016/067
- 5 Entwicklung eines Veranstaltungsformates in Zusammenarbeit mit den
Borkener Medienvertretern - Veranstaltung zur EM
- Vorstellung in der Sitzung -
- 6 Sonderprogramm des Landes NRW "Hilfen im Städtebau für Kommunen
zur Integration von Flüchtlingen" - hier: Dringlichkeitsentscheidung nach
§ 60 Abs. 1 GO NRW
Vorlage: T 2016/002
- 7 Anträge der CDU-Fraktion und der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Fraktion:
Auswirkungen des geänderten Landesjagdgesetzes NRW -
Sachstandsbericht und Handlungsmöglichkeiten
Vorlage: V 2016/063
- 8 Anregung nach § 24 Gemeindeordnung NRW - Schulwegsicherung in
Borken-Weseke, Kreuzung Borkenwirther Straße/Königsweg
Vorlage: V 2016/054
- 9 Investitionsvorhaben zum Ausbau des Betreuungsangebotes in
Kindertageseinrichtungen
Vorlage: V 2016/060
- 10 Einziehung einer Teilfläche der Straße Ballbahn in Weseke
Vorlage: V 2016/061
- 11 Einrichtung Bushaldebucht Brinkstraße - Antrag SPD-Fraktion
Vorlage: V 2016/068
- 12 Mitteilungen und Anfragen
- 12.1 Kulturentwicklungsplanung
- 12.2 Mitgliedschaft AIW
- 12.3 Gesamtschule

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Bürgermeisterin Schulze Hessing begrüßt zur zweiten Sitzung des Rates der Stadt Borken in diesem Jahr. Sie stellt ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. In Erweiterung der Tagesordnung wird eine nichtöffentliche Vorlage zu einem Grunderwerb vorgeschlagen. Darüber hinaus sei auf den zusätzlichen

Tagesordnungspunkt der bereits im Hauptausschuss vorberatenen Vorlage zum „Sonderprogramm NRW“ hingewiesen worden, der aufgrund eines technischen Problems nicht auf die Tagesordnung der Ratssitzung übertragen worden sei.

Stv. Kindermann kritisiert die späte Ankündigung der Grundstücksangelegenheit, die nicht in der Fraktion habe beraten werden können.

Auf die Frage von **Bürgermeisterin Schulze Hessing**, ob Bedenken gegen die so erweiterte Tagesordnung bestehen würden, gibt es keine Wortmeldungen.

zu 2 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Ein **Bürger** erkundigt sich nach dem aktuellen Stand und dem Zeitplan für den Glasfaserausbau in Burlo.

Bürgermeisterin Schulze Hessing erwähnt einige entsprechende Nachfragen von Burloer Bürgern. Nachdem die Nachfragebündelung im vergangenen Jahr nicht zum Erfolg geführt habe, befinde man sich in intensiven Gesprächen zum Breitbandausbau in den Ortsteilen Burlo und Weseke. Es gebe noch keinen verbindlichen Zeitplan. Ziel sei es, nachdem Plan A nicht funktioniert habe, einen Plan B zu entwickeln, der auch mit den Fraktionen abzustimmen sei. Konkrete Ergebnisse würden sobald wie möglich veröffentlicht.

zu 3 Änderung der Besetzung in verschiedenen Gremien aufgrund der Besetzung Erster Beigeordneter Vorlage: V 2016/050

Beschluss:

Der Rat der Stadt Borken beschließt die vorgenannten Veränderung in der Besetzung folgender Gremien:

- Ausschuss für Jugend und Familie
- Nordrhein-Westfälischer Städte- und Gemeindebund
- EUREGIO-Mitgliederversammlung
- Stiftung der Stadt Borken
- Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Borken/Westfalen GmbH
- Aufsichtsrat der Stadtwerke Borken/Westfalen GmbH
- Beirat der Stadtwerke Borken/Westfalen GmbH

Abstimmungsergebnis:

Einstimmige Annahme bei:

34 Ja-Stimmen

**zu 4 Veränderte Besetzung der Mitglieder im Umwelt- und
Planungsausschuss und im Ausschuss für Generationen, Soziales
und gesell. Integration
Vorlage: V 2016/067**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Borken beschließt die von der SPD-Fraktion beantragte Besetzung in den vorgenannten Ausschüssen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmige Annahme bei:

34 Ja-Stimmen

**zu 5 Entwicklung eines Veranstaltungsformates in Zusammenarbeit mit
den Borkener Medienvertretern - Veranstaltung zur EM
- Vorstellung in der Sitzung -**

Bürgermeisterin Schulze Hessing führt in das Thema zur Entwicklung eines Veranstaltungsformates „Projekt 46325“ in Zusammenarbeit mit den Medienvertretern ein und bedauert, dass eine Beratung in der Januar-Sitzung des Rates der Stadt Borken nicht erfolgt sei.

Frau von Kriegsheim trägt anhand einer Präsentation (Anlage 01) zunächst zum Projekt 46325 vor.

Stv. Kranenburg fragt, ob das vorgestellte Veranstaltungsformat die Alternative zu „WDR2 für eine Stadt“ darstelle, und vermutet, dass die SPD-Fraktion sich nicht ernst genommen fühlen dürfe, was **Stv. K. Kindermann** bestätigt. **Stv. Kranenburg** meint, dass das Budget nur für eine LED-Leinwand reiche. Dem widerspricht **Bürgermeisterin Schulze Hessing**.

Stv. K. Kindermann verweist auf die Beschlusslage, dass ein Konzept für „WDR2 für eine Stadt“ für das nächste Jahr aufzustellen sei. In Stadtlohn gebe es eine Bürgerbeteiligung von 60 %. Man könne bei richtiger Vorgehensweise viel bewegen.

Bürgermeisterin Schulze Hessing stellt richtig, dass das Veranstaltungsformat 46325 nicht als Ersatz für „WDR2 für eine Stadt“ diene, sondern ein Alternativkonzept für dieses Jahr darstelle. „WDR2 für eine Stadt“ sei in diesem Jahr nicht mehr zu realisieren, so dass man Ideen für ein anderes Veranstaltungsformat entwickelt habe.

Stv. E. Kindermann kritisiert, dass die Chance für „WDR2 für eine Stadt“ für 2016 nicht genutzt worden sei und für 2017 weiter zu verfolgen sei. Sie erkundigt sich nach den beteiligten Medienvertretern. Weiter fragt sie, welche Events entfallen würden und welche Angebote auf dem Marktplatz für dieses Jahr geplant seien. Sie bedauert, dass Borken Beach ausfalle. Die Überfahrung des Marktplatzes als Begründung lasse sie nicht gelten, denn eine Umfahrung sei möglich.

Frau von Kriegsheim erläutert, dass Veranstaltungen nicht unbedingt in der Innenstadt durchzuführen seien. Beim Format 46325 handele es sich vor allem um lokale Veranstaltungen, die kein Ersatz für ein überregionales Event wie „WDR2 für eine Stadt“ seien. Besucherstarke Veranstaltungen wie der Bauernmarkt und verkaufsoffene Sonntage würden nicht entfallen. Borken Beach ziehe vor allem junge Menschen in die Stadt. Bei 46325 gehe es auch um Aktionen in den Ortsteilen und Innenstadtprojekte, die die Identifikation mit Borken fördern sollen.

Stv. E. Kindermann spricht die Bierbörse an, die zweimal stattgefunden habe und in diesem Jahr ebenfalls entfalle.

Frau von Kriegsheim erklärt, dass für 2016 von vornherein keine Bierbörse wegen des Kirchplatzumbaus mit dem Veranstalter vereinbart worden sei. Erst Ende 2015 habe man erfahren, dass die Bauarbeiten anders verlaufen würden. Eine Terminierung der Bierbörse sei zu diesem Zeitpunkt zu spät gewesen. Es komme auf die Umsatzzahlen an, ob die Bierbörse im nächsten Jahr wieder nach Borken komme.

Bürgermeisterin Schulze Hessing weist auf die zusätzliche Veranstaltung des Fahrradmarktes wie im letzten Jahr hin.

Stv. Gliem besteht wie die SPD-Fraktion darauf, dass der Beschluss für „WDR2 für eine Stadt“ umgesetzt werde. Diese Aktion stärke das Wir-Gefühl der Borkener Bürger und die Außenwirkung sei hervorzuheben, auch wenn die innerstädtischen Veranstaltungen ihre Berechtigung hätten.

Frau von Kriegsheim weist auf den Weinmarkt im Juni auf dem Kirchplatz hin und die EM-Übertragungen auf dem Marktplatz.

Stv. Wingerter ist davon überzeugt, dass „WDR2 für eine Stadt“ eine positive Wirkung für Borken bringe. Was für andere kleine Kommunen möglich sei, solle auch in Borken möglich sein, auch wenn allein die Vorarbeiten für das Sicherheitskonzept sehr aufwendig seien.

Bürgermeisterin Schulze Hessing erläutert, „WDR2 für eine Stadt“ binde viele Ressourcen für einen Tag. Bei dem 46325-Projekt werde mit Unterstützung der Borkener Medienvertreter eine Vielzahl von Projekten stattfinden. Es gehe darum, das Wir-Gefühl zu stärken und die Borkener Bürger und Bürgerinnen einzubinden. Sofern man sich auf dieses Projekt verständige, werde man entsprechende Projektvorschläge vorstellen.

Stv. Ebbing erklärt, Frau Hoffboll habe allen Fraktionen mitgeteilt, warum man sich in diesem Jahr nicht an „WDR2 für eine Stadt“ beteilige. Sie lobt die Verwaltung dafür, gemeinsam mit den Medienvertretern ein Projekt zu initiieren. „WDR2 für eine Stadt“ koste viel Geld und eine große Fläche müsse zur Verfügung stehen. Das Projekt 46325 sei nun zu entwickeln. Vielleicht sei „WDR2 für eine Stadt“ im nächsten Jahr umzusetzen.

Bürgermeisterin Schulze Hessing bestätigt, dass die Bewerbung für „WDR2 für eine Stadt“ für 2017 fest eingeplant sei.

Stv. E. Kindermann fragt, ob zusätzlich zum 46325-Projekt das Stadtfest und das Fest der Kulturen stattfinde.

Frau von Kriegsheim weist auf den Terminplan aller Veranstaltungen am Schluss ihrer Präsentation hin. Die Kirchplatzöffnung sei noch nicht terminiert. Am 23.06.2016 finde zusätzlich ein Street-Basketball-Turnier statt.

Stv. K. Kindermann erkundigt sich, ob 46325 alle städtischen Veranstaltungen umfasse.

Bürgermeisterin Schulze Hessing erklärt, bei 46325 handele es sich um ein anderes Veranstaltungsformat, das mit vielen kreativen Ideen von Bürgerinnen und Bürgern mit städtischer Hilfe und Sponsorengeldern für die Innenstadt und die Ortsteile zu entwickeln sei.

Stv. K. Kindermann erkundigt sich, ob die Projekte im Ausschuss vorgestellt würden.

Bürgermeisterin Schulze Hessing geht von einer Beratung im Ausschuss oder Rat der Stadt Borken aus.

Frau von Kriegsheim setzt ihren Vortrag (Anlage 01) anhand der Präsentation für die EM-Veranstaltungen fort. Ein Eintrittsgeld zu den Public-Viewing-Übertragungen mache keinen Sinn, da hohe UEFA-Gebühren zu zahlen seien. Den kompletten Marktplatz abzutrennen, verursache darüber hinaus einen erheblichen Aufwand.

Stv. Fellerhoff spricht sich für die EM-Veranstaltungen aus. Wenn Herr Kass die Gastronomie übernehme, seien mit Hilfe einiger Sponsoren die Kosten tragbar.

Frau von Kriegsheim weist darauf hin, dass 2010 die Veranstaltungen größtenteils mit Sponsorengeldern finanziert worden seien, und regt an, einen maximal von der Stadt zu übernehmenden Kostenanteil festzulegen.

Stv. Böhr informiert, man habe sich im Rahmen von Borken Beach in die Regularien der FIFA einarbeiten müssen. Freier Eintritt garantiere einen vollen Marktplatz. Die anfallenden Kosten von 50.000 bis 60.000 € seien ein Kriterium gewesen, Borken Beach in diesem Jahr nicht durchzuführen, da die Summe kaum zu erwirtschaften sei. **Stv. Böhr** befürwortet, dass der Veranstalter einen gewissen Teil der Aufwendungen übernehme. Die Technikkosten fallen unabhängig vom Wetter in jedem Fall an. Beim Sicherheitsdienst seien wetterabhängig Einsparungen möglich. **Stv. Böhr** spricht sich für die EM-Veranstaltungen aus.

Stv. K. Kindermann fragt, ob die Veranstaltungsformate mit dem Haushaltsbudget zu finanzieren seien.

Bürgermeisterin Schulze Hessing erläutert, es seien Schwerpunkte zu setzen, da die EM-Veranstaltungen und das 46325-Projekt nicht mit einem Haushaltsbudget von 25.000 € zu realisieren seien.

Stv. Koop meint, Veranstaltungen zur EM wie zur WM würden Borken gut tun. Der politische Auftrag laute zwar „WDR2 für eine Stadt“, aus diesem Grunde seien alternativ die EM-Veranstaltungen finanzierbar. Er fragt, wieweit Christoph Kass mit den Vorbereitungen sei.

Frau von Kriegsheim erläutert, dass Herr Kass ohne städtische Unterstützung die Veranstaltung nicht durchführe, da er die Technikkosten nicht übernehmen werde. Neben Lizenzkosten würden vor allem hohe Technikkosten anfallen.

Stv. Niemeyer fragt, ob über den Haushaltsansatz von 25.000 € hinaus weitere Mittel verfügbar seien.

Bürgermeisterin Schulze Hessing teilt mit, dass die volle Summe von 60.000 € für die Technikkosten nicht gedeckt sei. Für das neue Format 46325 brauche es eine Anschubfinanzierung. Inwieweit diese in Anspruch zu nehmen sei, sei noch nicht bekannt. Zur Durchführung der EM-Veranstaltungen sei eine städtische Unterstützung erforderlich. Falls der politische Beschluss zur Übernahme der technischen Ausstattung gefasst werde, sei die Art der Finanzierung zu sichern. Das Veranstaltungsformat 46325 werde erneut vorgestellt, um die Ausgestaltung der Projekte vorzunehmen. Beide Formate seien aus eigenen städtischen Mitteln nicht zu ermöglichen.

Stv. Niemeyer fragt, ob es um eine Priorisierung der Projekte gehe und ob darüber zu beschließen sei, ob die EM-Veranstaltungen stattfinden sollen oder nicht und welche Summe dafür bereit gestellt werde.

Bürgermeisterin Schulze Hessing erklärt, dass ein entsprechender Beschluss heute zu fassen sei oder eine Beratung im Kulturausschuss stattfinden könne. Die Technik koste 30.000 €. 25.000 € seien im Haushalt eingeplant. Mit dem Veranstalter sei weiter zu verhandeln, wenn die Stadt die Technikkosten übernehme.

Stv. Ebbing betont, mit den EM-Veranstaltungen habe man über einen Monat Programm auf dem Marktplatz. Wenn Gesamtkosten von 65.000 € für diese Veranstaltung nicht verfügbar sei, könne man auch nicht die erforderlichen 120.000 € für „WDR2 für eine Stadt“ aufbringen.

Stv. Gliem meint, es gehe nicht nur um Geld. Wenn nur 25.000 € verfügbar sei, falle die Entscheidung schwer, sich für ein Format und gegen ein anderes zu entscheiden. Für 25.000 € sei nur die Technik zu finanzieren, die hauptsächlich Fußballfans zugute komme.

Bürgermeisterin Schulze Hessing spricht von einem Verhandlungsrahmen. Sie würde keine Entweder-Oder-Entscheidung treffen, sondern eine Priorisierung vornehmen. An erster Stelle stehe die EM-Übertragung, die auf jeden Fall stattfinden soll. Mit dem Veranstalter sei dahingehend zu verhandeln. Darüber hinaus solle das Format 46325 weiter entwickelt werden. Sobald die Kosten für die EM bekannt seien, seien ggf. weitere Veranstaltungen zu planen.

Stv. Gliem unterstützt die EM-Veranstaltungen, die nicht alle Kommunen anbieten könnten, und anerkennt das Angebot von Herrn Kass.

Stv. Kohlruss hält beide Konzepte für sinnvoll und vernünftig. Bei 46325 befinde man sich noch in der Projektphase, wovon auch die Ortsteile profitieren könnten. Vorrangig sieht er die EM-Übertragungen als positiv für die Stadt Borken.

Erster Beigeordneter Nießing sorgt sich um die Kostensituation. Die Prognose weise auf einen defizitären Haushalt hin. Er sieht keine Tendenz auf Besserung der Finanzlage.

Stv. Kranenburg ist das 46325-Projekt zu unkonkret. Die EM sei bei gutem Wetter ein Erfolgsgarant und auch für unsere ausländischen Gäste attraktiv. Er weist auf die WM in zwei Jahren hin. Jetzt stehe in drei Monaten die EM an und das sei keine Überraschung. Er schlägt vor, Leinwand und Technik zur Verfügung zu stellen und die Veranstaltung auszuschreiben.

Bürgermeisterin Schulze Hessing ist froh, dass ein ortsansässiger Gastronom sich zur Durchführung der EM-Veranstaltungen bereit erklärt habe.

Stv. Niemeyer regt an, die EM-Spiele in den Terminplan aufzunehmen. So habe man ab 10.06.2016 einen gut gefüllten Terminkalender. Zunächst stehe die EM an, dann „WDR2 für eine Stadt“ und das 46325-Projekt sei weiter zu verfolgen.

Bürgermeisterin Schulze Hessing äußert, die Verwaltung sei ebenfalls für diese Reihenfolge.

Stv. E. Kindermann sind auch die lokal begrenzten Aktionen zur Identifikation mit der Stadt wichtig. Sie verweist auf andere Veranstaltungen wie Penderecki mit Kosten von 90.000 €. Erste Priorität habe die EM.

Stv. K. Kindermann beantragt eine 5-minütige Sitzungsunterbrechung, um sich innerhalb der Fraktion zu beraten.

Bürgermeisterin Schulze Hessing formuliert folgenden Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Borken begrüßt die beiden Veranstaltungsformate für die EM 2016 und 46325. Im Rahmen des Haushaltsbudgets hat die technische Ausstattung für die EM-Übertragung erste Priorität. Das Konzept 46325 ist weiter zu entwickeln. Nach der Kalkulation für die EM erfolgt die Planung für 46325.

Stv. Böhr fragt, ob das Veranstaltungsbudget auf max. 25.000 € begrenzt werde.

Bürgermeisterin Schulze Hessing kann sich eine Summe bis max. 30.000 € vorstellen. Nach Abschluss der Kalkulation im März werde den Fraktionen darüber berichtet.

Stv. Ebbing fragt, ob damit die EM beschlossen sei.

Bürgermeisterin Schulze Hessing stellt richtig, dass die Priorisierung Inhalt des Beschlusses sei.

Die Sitzung wird von 18.10 Uhr bis 18.15 Uhr zur Beratung der Fraktionen unterbrochen.

Stv. K. Kindermann spricht sich für seine Fraktion für das 46325-Projekt aus, da die Ortsteile eingebunden würden und die Ortsvorsteher einzubeziehen seien. Auch die Aktion im Haus der Begegnung habe Anklang gefunden, durch die neue Besucher gewonnen seien. Auch dieses Projekt habe dieses Potential. Er fragt, welche Medienvertreter beteiligt seien. Da die EM nahe, werde man auch diesem Projekt zustimmen.

Bürgermeisterin Schulze Hessing benennt die Medienvertreter Radio Westmünsterland, Borkener Zeitung mit Stadtanzeiger sowie Borio-TV sowie „Hallo“. Sie lässt über die Priorisierung der Public-Viewing-Veranstaltungen zur EM in Zusammenarbeit mit Herrn Kass im Rahmen des Haushaltsbudgets vor dem 46325-Projekt abstimmen.

Nach dem einstimmigen Votum bedankt sich **Bürgermeisterin Schulze Hessing** für die zahlreichen Hinweise und Anregungen, die man aufgreifen werde, und hofft auf schöne Veranstaltungen auf dem Marktplatz.

Beschluss:

Der Rat beschließt, im Rahmen des Haushaltsbudgets vorrangig die Veranstaltungen zur Europa-Meisterschaft zu realisieren und nachrangig das Veranstaltungsformat 46325 zu entwickeln. Mit dem Veranstalter Herrn Kass soll im Rahmen des Haushaltsbudgets bis maximal 30.000 € über die Public-Viewing-Veranstaltungen zur EM verhandelt werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmige Annahme bei:

35 Ja-Stimmen

**zu 6 Sonderprogramm des Landes NRW "Hilfen im Städtebau für
Kommunen zur Integration von Flüchtlingen" - hier:
Dringlichkeitsentscheidung nach § 60 Abs. 1 GO NRW
Vorlage: T 2016/002**

Stv. K. Kindermann erklärt, die SPD-Fraktion werde zustimmen. Hinsichtlich des Antrags eines Jugendtreffs und Bürgerhauses in Weseke merkt er an, dass der Ortsteil mit Heimathaus und dem in Planung befindlichen Jugendhaus im Vergleich zur Stadt Borken gut ausgestattet sei, da der Heimatverein in Borken kein Domizil habe.

Stv. Börger betont, dass mit großem ehrenamtlichen Engagement und viel Idealismus das Heimathaus in Weseke errichtet worden sei. Er verweist auf das Stadtmuseum auf die entsprechende Anfrage von **Stv. Kindermann** nach einem Heimathaus für Borken.

Bürgermeisterin Schulze Hessing stellt klar, es gehe in diesem Fall darum, die Fördermöglichkeiten des Sonderprogramms zu nutzen.

Erster Beigeordneter Nießing informiert, auf entsprechende telefonische Anfrage beim Ministerium kurz vor der Sitzung keine Auskunft zu einer möglichen Förderung für Borken erhalten zu haben. Am Freitag um 11.00 Uhr werde Minister Groschek die Entscheidungen bekannt geben, welche Projekt gefördert würden. Auch über die Fristverlängerung des städtischen Antrags für das Kloster Gemen werde dann entschieden.

Beschluss:

Der Rat genehmigt die vom Hauptausschuss am 24.02.2016 getroffene Dringlichkeitsentscheidung nach § 60 Abs. 1 GO NRW,

- 1) die Zurverfügungstellung gemeinnütziger Beschäftigungsangebote in einer Lernwerkstatt (Anlage 01),
- 2) den Bau eines Gesundheits- und Fitnesszentrums als Zentrum der Integration (Anlage 02)
- 3) den Bau eines Kunstrasenbolzplatzes für eine Integration durch Sport (Anlage 03) und

4) den Neubau des Jugendtreffs in Weseke (Anlage 04)

bis zum 31.12.2018 abgeschlossen zu haben und die entsprechenden Haushaltsmittel für die Durchführung dieser Maßnahmen bereitzustellen. Zudem wird bestätigt, dass noch nicht mit den unter den Punkten 1) bis 4) genannten Maßnahmen begonnen wurde und keine weitere öffentliche Förderung für die geplanten Maßnahmen besteht.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmige Annahme bei:

35 Ja-Stimmen

zu 7 Anträge der CDU-Fraktion und der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Fraktion: Auswirkungen des geänderten Landesjagdgesetzes NRW - Sachstandsbericht und Handlungsmöglichkeiten Vorlage: V 2016/063

Erster Beigeordneter Nießing erläutert die Vorlage zu den Auswirkungen des geänderten Landesjagdgesetzes NRW, insbesondere im Hinblick auf freilaufende Katzen in Borken. Auf Antrag von CDU, Bündnis'90-Die Grünen und aufgrund der Anzahl der in den letzten Wochen an das Fundbüro übergebenen Katzen, ergebe sich die Notwendigkeit einer eingehenden Auseinandersetzung mit diesem Thema. Der Sachstand sei in der Vorlage ausführlich dargestellt. So stelle sich die Frage, wie mit der gegenwärtigen Situation umzugehen sei. Es gebe ein Problem mit freilaufenden Katzen, wozu die Vorlage einige Handlungsoptionen aufzeige. Mit der Katzenhilfe, die als Anlaufstelle für freilebende Katzen aus eigenen Mitteln Kastrationen durchführe, habe man sich beraten. Auch mit den Hegeringen habe man sich um ein gutes Ergebnis bemüht, da die Konsequenzen des geänderten Landesjagdgesetzes für den ländlichen Raum nicht hinreichend berücksichtigt worden seien.

Stv. Wingerter freut, dass der Antrag von Bündnis'90-Die Grünen auf der Tagesordnung stehe. Sie lobt die Verwaltung für die umfangreiche Detailarbeit zu diesem Thema und die Gespräche, um eine tierschutzgerechte Lösung zu finden. Sie weist darauf hin, dass sich ein Katzenpärchen in zehn Jahren auf über 80 Mio. Katzen vermehre. Von 350 Kommunen in NRW hätten mehr als 70 Kommunen das Problem erkannt und eine Kastrationspflicht in Verbindung mit einer Kennzeichnungs- und Registrierungspflicht eingeführt, insbesondere entsprechend dem Modell der Stadt Paderborn. Dabei würden Heger und Jäger das gleiche Ziel verfolgen, die Katzenpopulation zu reduzieren. Nicht einzusehen sei, dass der Steuerzahler die Kastrationskosten für Katzenhalter trage.

Stv. Ebbing pflichtet Stv. Wingerter voll und ganz bei und bedankt sich beim Verein der Katzenhilfe für ihr Engagement. Weiter verweist **Stv. Ebbing** auf Punkt 4. der Handlungsmöglichkeiten und spricht sich für die Erhebung einer Katzensteuer aus. Wie ein Hundehalter Steuern für seinen Hund zahle, müsse auch ein Katzenhalter für seine Katze aufkommen. Die Stadt Borken solle den Antrag zur Erhebung einer Katzensteuer stellen.

Stv. Börger betont, dass sich die Situation für Hof- und Hauskatzen ganz anders darstelle als bei Hunden. Katzen hätten die Aufgabe, Mäuse und Ratten zu fangen. **Stv.**

Börger ist absolut dagegen, von den Landwirten eine Katzensteuer zu verlangen. Es gehe in diesem Fall um die unbeabsichtigten Auswirkungen des geänderten Landesjagdgesetzes. Selbst die SPD sei nicht glücklich über das neue Landesjagdgesetz. Es seien 120.000 Unterschriften gesammelt worden und in Kürze werde erneut darüber beraten. Es könne nicht sein, dass im Sternbusch einer verwilderten Katze ein Chip eingepflanzt werde. **Stv. Börger** bittet die SPD-Fraktion darauf hinzuwirken, dass ein Abschuss der wildlebenden Katzen möglich werde.

Stv. Niemeyer erklärt die Katzensteuer für nutzlos. Sollte das Jagdgesetz geändert werden und selbst wenn Minister Rimmel ein Einsehen habe, sei eine Zusammenarbeit mit der Katzenhilfe die einzig richtige Lösung.

Stv. Gliem vermutet, dass bei Einführung einer Katzensteuer viele Katzen niemandem gehören würden. Sie berichtet von zwei Katzen aus dem Tierheim und sechs weiteren, die zugelaufen seien und alle kastriert worden seien. Wenn Katzen kastriert seien, sei ein Abschuss nicht mehr nötig. Die Arbeit der Katzenhilfe sei zu unterstützen. Katzen, die nicht mehr zu zähmen seien, könne man kastrieren. Das sei die Lösung für das Problem.

Stv. Wingerter berichtet, dass verwilderte Katzen nur schwer zu fangen seien, was der Katzenhilfe jedoch gelinge. Die Katzenhilfe kastriere, tätowiere und registriere die Tiere und setze sie wieder aus. Sie plädiert dafür, dass nicht nur wildlebende Katzen, sondern auch Hauskatzen zu kastrieren seien.

Stv. K. Kindermann erkundigt sich nach dem Status Fundtier und welcher Beitrag seitens der Verwaltung in Zusammenarbeit mit der Katzenhilfe vereinbart sei.

Erster Beigeordneter Nießing definiert den Status „Fundtier“ anhand der überschneidenden Rechtsgebiete des Fundrechts und Landesjagdgesetzes. Herrenlose oder wildlebende Katzen, die im Fundbüro abgegeben würden, bezeichne man als Fundtiere. Für die Hegeringe sei jede gefundene Katze ein Fall für das Fundbüro. Für die Kastrierung einer Katze werde 50 € an die Katzenhilfe gezahlt. Der Betrag liege unterhalb der Honorarsätze der Tierärzte und auch des Kostenansatzes des Tierheim Ahaus.

Stv. K. Kindermann erkundigt sich nach den zu erwartenden Fallzahlen.

Erster Beigeordneter Nießing erklärt, genaue Zahlen seien nicht bekannt. Man sei insoweit auf die Katzenhilfe angewiesen, die die Lage beobachte.

Stv. Wingerter ergänzt, dass die Zahlen nur schlecht zu schätzen seien. Es gebe Bereiche mit hoher Katzendichte wie z. B. am Pröbstingsee. Dort habe die Katzenhilfe 30 bis 40 Katzen gefunden und 20 kastriert. Wenn man die restlichen Katzen kastriere, werde eine Vermehrung in diesem Bereich minimiert. Eine hohe Population sei darüber hinaus in der Nähe von Lebensmittelmärkten und Mülldeponien zu beobachten.

Stv. Böhr meint, die Zusammenarbeit mit der Katzenhilfe stelle die einzige Handlungsmöglichkeit dar. Die Kennzeichnungs- und Registrierungspflicht sowie die Erhebung der Katzensteuer seien wegen des erheblichen Aufwands kaum umzusetzen.

Stv. Wingerter erläutert, die Kennzeichnungs- und Registrierungspflicht von Katzen sei nicht wie bei Hunden Verwaltungsaufwand. Die Katzenhilfe übernehme das und die Verwaltung müsse nicht selber tätig werden. Es sei ein gangbarer Weg, zu dem sich bereits viele Kommunen entschieden hätten.

Stv. Niemeyer schlägt vor, diese Entscheidung reifen zu lassen. In etwa einem Jahr solle erneut zu diesem Thema berichtet werden.

Bürgermeisterin Schulze Hessing lässt getrennt über die Punkte 1. bis 4. abstimmen. Unter TOP 4 werde zum UWG-Antrag zur Erhebung der Katzensteuer abgestimmt.

Beschluss:

zu 1. Zusammenarbeit mit der Katzenhilfe

Der Rat der Stadt Borken erteilt der Verwaltung den Auftrag, weiter mit der Katzenhilfe über die gemeinsame Zusammenarbeit zu verhandeln.

Zu 2. Schreiben an das Umweltministerium NRW

Der Rat der Stadt Borken beschließt, das Umweltministerium NRW schriftlich aufzufordern, mit geeigneten Maßnahmen die durch das geänderte Landesjagdgesetz sich ergebenden Auswirkungen für freilaufende Katzen zu beheben.

Zu 3. Kennzeichnungs- und Kastrationsverordnung

Der Rat der Stadt Borken erteilt der Verwaltung den Auftrag, eine ordnungsbehördliche Verordnung zur Kennzeichnung und Kastration von Katzen vorzubereiten und in kommender Sitzung den politischen Fraktionen vorzustellen.

Zu 4. Erhebung einer Katzensteuer

Der Rat der Stadt Borken beschließt zum Antrag der UWG-Fraktion, dass die Verwaltung die weitere Entwicklung der rechtlichen Grundlagen zur Erhebung einer Katzensteuer in NRW verfolgt, alle Beteiligten zur Erhebung einer Katzensteuer einbezieht und den politischen Fraktionen in künftigen Sitzungen darüber Bericht erstattet.

Abstimmungsergebnis:

zu 1. Zusammenarbeit mit der Katzenhilfe

Einstimmige Annahme bei:

35 Ja-Stimmen

Zu 2. Schreiben an das Umweltministerium NRW

Annahme bei:

31 Ja-Stimmen
4 Enthaltungen

Zu 3. Kennzeichnungs- und Kastrationsverordnung

Einstimmige Annahme bei:

35 Ja-Stimmen

Zu 4. Erhebung einer Katzensteuer

Annahme bei:

31 Ja-Stimmen

4 Nein-Stimmen

zu 8 Anregung nach § 24 Gemeindeordnung NRW - Schulwegsicherung in Borken-Weseke, Kreuzung Borkenwirther Straße/Königsweg **Vorlage: V 2016/054**

Erster Beigeordneter Nießing erläutert, dass der Bürgerantrag zur Schulwegsicherung an der Kreuzung Borkenwirther Straße/Königsweg in der letzten Ratssitzung kurzfristig verteilt worden sei. Der Fachbereich Bürgerservice und Ordnung habe sehr zügig die Schulwegsituation geprüft. Anhand durchgeführter Verkehrsmessungen sei untersucht worden, welche Handlungsmöglichkeiten bestehen würden. Einvernehmlich sollen zwei Beete ausgepflastert, der Fußgängerüberweg beleuchtet und Verkehrszeichen aufgestellt werden.

Stv. K. Kindermann lobt die rasche Bearbeitung dieses Elternantrags.

Stv. Stumpf erklärt, dass an diesem Übergang eine Ampel und auch eine Geschwindigkeitsbeschränkung auf 30 km/h den Übergang verkehrssicherer gestalten würde. Bedauerlicherweise lasse die gesetzliche Regelung für eine Kreisstraße dies nicht zu. Es sei dringend auf eine Änderung hinzuwirken.

Herr Terwolbeck ergänzt, dass es sich um eine Standardregelung für das gesamte Münsterland handle und abzuwarten bleibe, bis sich der Gesetzgeber in diese Richtung bewege.

Bürgermeisterin Schulze Hessing betont, es gebe Diskussionen vor solchen Einrichtungen eine 30 km/h Geschwindigkeitsbeschränkung zuzulassen.

zu 9 Investitionsvorhaben zum Ausbau des Betreuungsangebotes in Kindertageseinrichtungen **Vorlage: V 2016/060**

Beschluss:

Kita Hula Hoop und Errichten einer provisorischen Kita in der Duesbergschule
Der Ausschuss für Jugend und Familie befürwortet

- das Herrichten von Räumen in der ehemaligen Duesbergschule zur Aufnahme der
 - Großtagespflegestelle vom bisherigen Standort in der Kita Hula Hoop und
 - das Schaffen von zwei Kita-Gruppen als Nebenstelle der Kita Hula Hoop sowie
- das Schaffen einer fünften Kita-Gruppe in der Kita Hula Hoop.

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Borken Folgendes zu beschließen:

- Das Herrichten von Räumen in der ehemaligen Duesbergschule zur Aufnahme der Großtagespflegestelle vom bisherigen Standort in der Kita Hula Hoop, das Schaffen von zwei Kita-Gruppen als Nebenstelle der Kita Hula Hoop sowie
- das Einrichten einer fünften Gruppe in der Kita Hula Hoop durch den Träger KreisSportBund Borken e.V. wird beschlossen. Dem Träger werden die erforderlichen Mittel zur Verfügung gestellt.
- Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem KreisSportBund Borken e.V. eine Erweiterung des Trägervertrags für die Kita Hula Hoop abzustimmen. In der Vereinbarung soll auch die Übernahme und finanzielle Abgeltung des Mobiliars nach Schließen der Nebenstelle in der ehemaligen Duesbergschule und der fünften Gruppe in der Kita Hula Hoop zur weiteren Verwendung in der Kita Kreisel geregelt werden.
Der Entwurf der erweiterten Trägervereinbarung ist dem Ausschuss für Jugend und Familie zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.
- Die erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 407.000 EUR werden außerplanmäßig bereitgestellt.

Kita St. Marien und Roncalli in Weseke

Der Ausschuss für Jugend und Familie stimmt dem Vorschlag der Verwaltung zu. In der nächsten Sitzung informiert die Verwaltung über den noch zu treffenden Dringlichkeitsbeschluss.

Kita St. Michael in Marbeck

Der Ausschuss für Jugend und Familie stimmt dem Vorschlag der Verwaltung zu. In der nächsten Sitzung informiert die Verwaltung über den noch zu treffenden Dringlichkeitsbeschluss.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmige Annahme bei:

35 Ja-Stimmen

zu 10 Einziehung einer Teilfläche der Straße Ballbahn in Weseke Vorlage: V 2016/061

Bürgermeisterin Schulze Hessing freut, dass der mehrjährige Leerstand des ehemaligen Schlecker-Marktes an dieser Stelle durch eine Tagespflegereinrichtung beendet werde. Für die bauliche Gestaltung würde die Freifläche an der Ballbahn in Weseke umgewidmet und der Tagespflegereinrichtung zur Verfügung gestellt.

Stv. Wingerter fragt, wofür dieses Teilstück genutzt werde.

Bürgermeisterin Schulze Hessing erklärt, dass hier ältere Menschen in der Tagespflege betreut würden und sich in einem geschützten Bereich auf einer Terrasse oder Grünfläche im Freien aufhalten könnten.

Erster Beigeordneter Nießing weist darauf hin, dass Tagespflegeeinrichtungen vielen gesetzlichen Regelungen unterliegen würden.

Stv. E. Kindermann erläutert, dass diese Einrichtung auch von Familien in Anspruch genommen werde, die einen Pflegebedürftigen zu Hause pflegen und tagsüber hier betreuen lassen würden.

Beschluss:

Auf der Grundlage des § 7 des Straßen- und Wegegesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen ist für eine Teilfläche der Straßenfläche Ballbahn in Weseke – Gemarkung Weseke, Flur 5, Flurstück 1453- das Wegeeinziehungsverfahren durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmige Annahme bei:

35 Ja-Stimmen

**zu 11 Einrichtung Bushaltebucht Brinkstraße - Antrag SPD-Fraktion
Vorlage: V 2016/068**

Beschluss:

Der SPD-Antrag zur Einrichtung einer Bushaltebucht in der Brinkstraße wird an den Umwelt- und Planungsausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmige Annahme bei:

35 Ja-Stimmen

zu 12 Mitteilungen und Anfragen

Sh. Unterpunkte

zu 12.1 Kulturentwicklungsplanung

Bürgermeisterin Schulze Hessing erklärt zur Anfrage von Bündnis'90/Die Grünen, dass der für 13.02.2016 terminierte Workshop aufgrund des Ausscheidens der Fachbereichsleitung Kultur und Weiterbildung nicht stattgefunden habe. Wann mit der Fortsetzung der Kulturentwicklungsplanung zu rechnen sei, sei noch zu klären.

Die weiteren Fragen von Bündnis'90/Die Grünen zur Organisation und Personalfragen seien im nichtöffentlichen Teil der Sitzung zu behandeln.

zu 12.2 Mitgliedschaft AIW

Bürgermeisterin Schulze Hessing informiert, dass die Stadt Borken als ordentliches Mitglied beim AIW Unternehmerverband beitragsfrei angemeldet werde. Es handele sich um ein sehr gutes Angebot, um Veranstaltungen und Tagungen zu ermöglichen.

zu 12.3 Gesamtschule

Bürgermeisterin Schulze Hessing informiert über den Antrag an die Bezirksregierung, um die Gesamtschule an den beiden Standorten Borken und Raesfeld gründen zu können. Vom Schulministerium liege dazu eine Einladung zu einem Gespräch vor.

gez.

Schulze Hessing
Bürgermeisterin

gez.

Wensing
Schriftführerin